

Protokoll vom Runden Tisch 2019

Bolsonarismo in Brasilien

Unternehmen und Menschenrechte

www.kooperation-brasilien.org



Titel: Forum 5: Perspektiven für staatliche Entwicklungszusammenarbeit und Solidarität in Zeiten von Bolsonaro?

Datum: 02.11.2019

Uhrzeit: 10:15 Uhr

Podium/Input: Letícia Rangel Tura (FASE Nacional)
Thomas Fatheuer (Heinrich-Böll-Stiftung, KoBra)

Moderation : Anna Moser (Misereor)

Protokoll: Sonja Pralle

Die Moderatorin Anna Moser (Misereor) leitete das Forum mit einer kurzen Ansprache zu den Perspektiven der deutsch-brasilianischen Kooperation in der Entwicklungszusammenarbeit in Zeiten von Bolsonaro ein und stellte die Referierenden Thomas Fatheuer (KoBra, Heinrich-Böll-Stiftung) und Leticia Rangel Tura (FASE Nacional) vor. Nach einer Vorstellungsrunde aller anderen Teilnehmenden wurde die geplante Stellungnahme des Runden Tisches Brasilien und das Vorhaben im Rahmen dieses Forums die darin genannten Fakten und Forderungen zu diskutieren vorgestellt.

Thomas Fatheuer eröffnete im Folgenden seinen Vortrag mit einer Karte der Schutzgebiete in Amazonien, auf welcher geschützte Gebiete in gelb und grün (Fläche hat etwa vier- bis fünfmal die Größe von Frankreich) und entwaldete Bereiche rot gekennzeichnet sind. Er erläuterte die Notwendigkeit von Strategien, spezifische Territorien einzurichten um der Entwaldung entgegenzuwirken und dass Umweltschutz immer auch direkt mit Menschenrechten und dem Schutz von Menschen verbunden ist. Letztendlich, betonte er, ginge es immer um Land. Auf der nächsten Karte zeigte sich das Ausmaß der Waldbrände im Amazonasgebiet im Verlauf des vergangenen Jahres in einem Säulendiagramm, woran zu erkennen war, dass die Brände bis vor Juli 2019 noch im bisherigen Maß lagen, jedoch danach ein exorbitanter Anstieg der Brände zu verzeichnen war. Dies zeigt die prekäre Lage der aktuellen Situation. Nun stehe die Frage im Raum, was die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unter Bolsonaro tatsächlich tun könne? Die Entwaldung sei kein Zufallsprodukt. Im Folgenden wurde aufgezeigt, wie sich der Schutz des Regenwaldes in der Vergangenheit entwickelt hat und dass es durchaus auch erfolgreiche Zeiten gab, die sich jedoch seit 2009 in einer Abwärtsbewegung zeigen. Er wies auf den Amazonas-Fond der deutschen Regierung hin, welcher 2018 sein 10jähriges Jubiläum hatte, und Gelder bereitstellt, um die Entwaldung zu reduzieren. Als Beispiel für den Abwärtstrend umriss er die Situation des, in der Regierungszeit von Präsident Lula ins Leben gerufenen, Programms „Terra Legal“. Es hat die Unterstützung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft zum Ziel, indem es 55 Mio. ha Land ohne klaren Besitzer Kleinverdienern zuwies. Kleinbauern sollten dadurch finanziell gesichertere Verhältnisse erlangen. Eine Gesetzesänderung führte nun zu der einer Landzuteilung von 100 ha auf 1,500 und dann 2,500 ha für die Kleinbauern, was zum größten, von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit unterstützten, Programm zum Landraub im Amazonasgebiet führte. Auch der Führungswechsel bei der INCRA hatte bereits verheerende Folgen. Die weitreichendste ist die Einführung der „autodeclaração“, welche erlaubt, dass Bauern sich noch freies Land selbst aneignen. Um die Umsetzung der Auflagen, dass Bauern im Amazonasgebiet 80% ihres Landes bewaldet lassen sollen, zu überprüfen wird mithilfe der CAR („catastro ambiental rural“) das jeweilige Land kartiert und die Beschaffenheit der Flächen mittels Satellitenbildern abgeglichen. Dies soll dazu dienen Überschreitungen der Auflagen im Endeffekt auszugleichen. Das Problem hierbei ist jedoch, dass das System wieder auf der Selbstaneignung des Landes beruht. So wird ermöglicht, dass ein Landwirt einen Großteil seines Landes urbar gemacht haben könnte und durch nicht von ihm bewirtschaftetes Land,

welches aber nicht zu seinem offiziellen Besitz gehört, er aber als dieses ausgibt die tatsächliche Nutzung seines Gebietes verschleiern könnte. Das Land der Quilombolas wird in den offiziellen Karten nicht verzeichnet und somit als freies Land deklariert, was eine große Gefahr für deren Einwohner darstellt vertrieben zu werden. Thomas schloss, dass es in der Vergangenheit gute Ansätze der internationalen Kooperation gab, nun aber viele Programme, insbesondere durch die politische Entwicklung unter Bolsonaro, ihre Schwächen aufzeigen und sich teils durch mangelnd kompetente Führung oder fehlende Kontrollinstanzen für destruktive Zwecke instrumentalisieren lassen. Die staatlichen Kooperationen spielen nun umso mehr eine Rolle, aber auch die NGO's (Non-Government-Organizations) sind auf internationale Unterstützung und einflussreiche Kooperationspartner, wie bspw. Misereor angewiesen. Im Rahmen dieses Forums sollte also diskutiert werden, was deutsche Akteure aktuell tun können und wohin sich die Aufmerksamkeit wenden sollte.

Im Folgenden sprach Leticia Rangel Tura über die Frage nach der Kooperation in der Entwicklungszusammenarbeit aus ihrer Perspektive. Sie betonte anfangs, dass staatliche Kooperationen eine globale Thematik ist und bereits eine umfassende weltweite Debatte für sich beansprucht. Es gab in den letzten Jahren viele Besuche deutscher und europäischer Institutionen und anderer Akteure, um der Frage auf den Grund zu gehen, wie Kooperation in Zukunft besser koordiniert werden kann. Der Prozess des Aufbaus von Kooperationen zum Schutz gegen Entwaldung war lang und hatte eine Hochzeit in den Aktivistebewegungen der 80er Jahre. Die Aufzeichnung der Entwaldungsprozesse wurde von großer Bedeutung, um die Entwicklung sichtbar machen zu können. Hierbei ist die Verzeichnung der vielen unterschiedlichen Gebiete noch immer nicht leicht umzusetzen, wie die Gebiete der Indigenen und ihrer reservate, die „Terras quilombolas“ und andere. Leticia machte hier auch klar, dass nun wichtig ist, sich darüber klar zu werden, was man unter den derzeitigen politischen Umständen in der bilateralen Kooperation nicht will und was die notwendigen Parameter einer erfolgreichen Kooperation sind. In der momentanen Situation muss insbesondere Mercosul auf Brasilien schauen. Aber Deutschland ist auch ein wichtiger strategischer Partner Brasiliens. Die wichtigsten Punkte in dieser Strategie sind das Klima und die erneuerbaren Energien. In nächster Zukunft ist es zudem entscheidend im Auge zu behalten welche politischen Akteure sich wie positionieren.

Die Diskussion wurde daraufhin mit einer Frage zu Investitionen nicht-staatlicher Akteure. Zum einen müssen diese jetzt überlegen, wie sie investieren. Zurzeit wäre Investition sehr nützlich, insbesondere durch die stetig wachsenden Widerstandsbewegungen und das steigende öffentliche Interesse, andererseits stellen Investitionen in Zeiten unsicherer politischer Situationen auch ein Risiko dar. Die Institutionen sehen sich hier einer schwierigen Entscheidung gegenübergestellt. Leticia betonte hier auch, dass die Koordinierung der Zusammenarbeit von Akteuren von genauso großer Wichtigkeit ist. Es müssen zudem neue Debatten freigeschaltet werden, welche sich der Themen Menschenrechte, Demokratie und den Aufgaben der Legislative zuwenden. Hier ist zudem zu überlegen, die Interessensgemeinschaften zusammengebracht werden können, die gespalten sind (z.B. Gemeinschaften im Norden „vs.“ Pendant im Süden Brasiliens). Leticia greift, die Diskussion abschließend, noch einmal in der Zeit zurück und verweist auf Umfrageergebnisse von vor zehn Jahren bzgl. Bolsonaro zurück, welche im Konsens „extrem positiv“ ausfielen und nicht direkt auf eine Entwicklung, wie die derzeitige hinwiesen. Ein Großteil der brasilianischen Bevölkerung wäre zur Zeit noch positionslos und politisch nicht Entschieden. Die wichtigste Aufgabe, die Bevölkerung betreffend, wäre ihrer Meinung nach das „Kampffeld“ für sich einzunehmen, welches die Propaganda der Bolsonaro-Regierung aufzudecken und sich dafür einzusetzen für Gesetze zum Schutz von Umwelt und Menschenrechten legale Regelungen zu etablieren.

Anna Moser leitete den zweiten Teil des Forums ein und stellte das Positionspapier des Runden Tisches Brasilien 2019 an die europäische Regierungsebene vor. Die darauffolgende Diskussion in Gruppen sollte davon handeln, zu den schon gestellten Punkten und Fakten weitere Thematiken zu erstellen, bzw. die Faktenlage soweit es möglich sei zu vervollständigen. Anna stellte diesbezüglich einleitend die zwei Elemente des Dokumentes vor, welche zum einen die Faktenlage wäre, welche das scheinbar fehlende Verantwortungsbewusstsein und Handeln auf europäischer Ebene bekräftigt. Hier wurde der Dammbrech, die Gewalt in Brasilien und der damit verbundene Waffenhandel, der Handel des Chemiekonzerns Bayer mit Brasilien (Handel von Glyphosat und in Deutschland verbotener weiterer Spritzmittel) und die offenkundige Verachtung des amtierenden Präsidenten Bolsonaro von Menschenrechten und Demokratie, welche zu einer zunehmenden „Kaltstellung“ der brasilianischen Zivilgesellschaft und sozialer Bewegungen

im Land führt, aufgezählt. Als zweites Element wurden die Forderungen genannt. Welche kurz gefasst (1.) die Garantie von Menschenrechten, (2.) die Stärkung indigener Völker, (3.) die Ratifizierung ILO 169, (4.) das Verbot von Equipment-Lieferungen für den Bergbau, (5.) das Lieferkettengesetz, (6.) die Ablehnung des aktuellen Handelsabkommens und (7.) den Waffenhandel mit Brasilien betreffen.

Es fanden sich fünf Gruppen zusammen, welche anschließend ihre Ergebnisse präsentierten.

Korrekturen

- 2. Absatz: Brasilien hat seit 2019 eine neue Regierung
- "agrottoxische" Daten checken und Grenzüberschreitungen einfügen
- "... à custa do ser humano (statt *homem*)"
- "a sociedade civil, os movimentos sociais e a educação estão sendo cada vez mais (cangalados) ameaçados"
- 4. Forderung: Formulierung: Wortwahl *kriminalisiert* statt *kaltgestellt*

weitere Fakten

- mehr Bezug zum Kontext der Frauenmorde und der Gewalt gegen die LGBT-Community, aber auch zu der "Terra legal" und der CAR
- konkrete Daten einfügen, wie die deutschen Waffen bzw. den Waffenhandel zwischen Deutschland und Brasilien

weitere Forderungen

- Produkte, die in Deutschland und der Schweiz verboten sind, dürfen nicht nach Brasilien verkauft werden
- Das geplante Handelsabkommen zwischen der EU und Mercosur muss neu aufgelegt werden, mit rechtlich verbindlichen Umwelt- und Sozialstandards
- Fördermittel verschieben: Staatliche Förderung -> zivilgesellschaftliche Kooperation
- Kontrolle der Waffenexporte in Bundesstaaten mit höherer Kriminalität mit Schusswaffen
- Teilhabe der Zivilgesellschaft und die Konstruktion des Finanzierungsmechanismus
- Handelsabkommen: Mais mit in die Liste aufnehmen und Zurückweisung der fraglichen Produkte fordern
- Offenlegung aller KfW-Angelegenheiten in Brasilien
- Glaubwürdigkeit fördern durch nachvollziehbare Bestrebungen bzgl. Nachhaltigkeit, Arbeits- und Sozialstandards
- Soja-Importe - Was kann/muss in Deutschland getan werden? (z.B. Fleischkonsum und System unserer Landwirtschaft)
- Deutsche/europäische Unternehmen sollten auch im Ausland an europäische Richtlinien gebunden sein (z.B. Pestizide)
- Wissenschaftliche Kooperation fördern mit angemessenen Instrumenten
- nur Waffenlieferungen zu Sicherheitszwecken

Nachdem die Beiträge dargelegt wurden, wurde trotz des Fokus auf staatliche Kooperationen noch einmal darauf hingewiesen, dass zivile Akteure unverzichtbar sind, um an der Basis die Situationen zu beeinflussen. Aktivitäten direkt "von der Straße weg" haben es in der Vergangenheit geschafft bedeutende Diskurse anzustoßen und die Arbeit der NGS's ist immer noch sehr präsent. Es ist wichtig im Fokus zu behalten, dass lokale Kooperationen und Bewegungen viel Aufsehen erregen. Um deren Arbeit zu fördern und die notwendige öffentliche Aufmerksamkeit zu gewährleisten sind nationale und internationale Kooperationspartner unverzichtbar.

Weitere Informationen unter:

https://www.boell.de/sites/default/files/amazonien_heute_kommentierbar.pdf